

Wie ein Fisch im Wasser

Terror und islamische Gegengesellschaften: Es geht um die künftige Macht über Europa

Michael Paulwitz

Programme für den Kampf gegen Islamismus und Islam-Terror haben nach der Serie blutiger Terroranschläge in Paris, Nizza und Wien Konjunktur. Sogar ein Robert Habeck spricht sich nunmehr für „Null-Toleranz“ gegenüber islamistischen Gefährdern aus. Das ist bemerkenswert; galten doch seiner Partei und ihrer Klientel solche Forderungen bislang eher als „rechtspopulistisch“ und „islamfeindlich“.

Sollten den Worten diesmal auch Taten folgen, wäre das immerhin ein Anfang. Haßprediger und Gefährder aus unserer Mitte zu entfernen, radikalislamische Vereine und Moscheen zu schließen und ihnen die finanzielle und ideologische Munitionierung aus dem Ausland zu verwehren, ist zweifellos ein notwendiger Schritt im Kampf gegen den Islamismus und die Quellen des Islam-Terrors.

Aber damit ist es noch lange nicht getan. Das Substrat für den islamischen Terror, der in Deutschland und zahlreichen weiteren westeuropäischen Ländern zur alltäglichen und allgegenwärtigen Bedrohung geworden ist, läßt sich nämlich nicht auf eine begrenzte Zahl von Gefährdern, Aufhetzern, extremistische Islamvereine und radikalisierte und vom Ausland finanzierte Moscheegemeinden reduzieren.

In den nach Millionen zählenden muslimischen Bevölkerungen Deutschlands und Westeuropas hat sich eine islamistische Gegenwelt formiert. Zwei Drittel der Muslime in Europa halten ihre religiösen Regeln für wichtiger als die Gesetze des Landes, in dem sie leben, hat der niederländische Sozialwissenschaftler Ruud Koopmans in einer sechs Länder umfassenden Studie festgestellt.

In dieser Parallelwelt, in der die fundamentalistischen Auffassungen der Terroristen breite Sympathie genießen und auch von einer Vielzahl derer geteilt werden, die selbst nicht zur Tat schreiten, können sich radikale Islamisten, Terroristen und Gefährder frei bewegen und schwimmen wie der Fisch im Wasser. Und sie können in diesem wachsenden und von außen laufend mit neuen Sympathisanten versorgten Gegenuniversum jederzeit Unterstützer und Mitkämpfer rekrutieren.

Das unterscheidet den islamischen Terror von rechtsextremistisch motivierter Gewalt, die Politik und Medien als größte Bedrohung für Freiheit und Demokratie hinstellen wollen. Rechtsextremer Terror ist, allen gegenläufigen Behauptungen zum Trotz, gesellschaftlich und auch im eigenen Lager isoliert und geächtet. Der islamische Terror ist ungleich gefährlicher, weil er sich über die muslimischen Gegengesellschaften schon aufgrund der schieren demographischen Dynamik immer tiefer in die Gesellschaft hineinfrißt.

In den Jubelorgien, die die sozialen Netzwerke nach jedem Terrorakt weitgehend unwidersprochen fluten, blitzt diese Dynamik ebenso auf wie in der Weigerung ganzer Schulklassen, an einer Gedenkminute für den zum Märtyrer der Meinungsfreiheit gewordenen französischen Lehrer Samuel Paty teilzunehmen, weil dessen Mörder für sie ein Held ist.

Daraus folgt in unerbittlicher Logik: Wer es ernst meint mit der Bekämpfung des islamischen Terrors, der muß ihm den Nährboden entziehen; der muß sich den islamischen Parallelgesellschaften entgegenstellen und den Willen aufbringen, das für die freiheitliche Republik bereits verlorene Gelände zurückzuerobern. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist zumindest rhetorisch inzwischen bei dieser Konsequenz angekommen.

Der Kampf gegen Islamismus und Islam-Terror ist Teil eines Kampfes der Kulturen, bei dem es um die Macht über Europa geht und darum, welche Rechts- und Werteordnung hier künftig gelten soll. Diesen Kampf können die europäischen Staaten nicht an die Sicherheitsbehörden delegieren und ansonsten alles weiterlaufen lassen.

Es reicht auch nicht, schöne Dinge in Lehrpläne zu schreiben und die Schulen als Reparaturbetrieb für falsche Einwanderungspolitik zu mißbrauchen, wenn die Lehrer anschließend allein auf verlorenem Posten stehen. Und die grün-linken Patentrezepte der Sozialpädagogik sind eine Lachnummer, wenn die Attentäter von Wien und Dresden angeblich erfolgreich an „Deradikalisierungsprogrammen“ teilgenommen haben und danach mit Messer und Sturmgewehr zum Dschihad ausrücken.

Um das Blatt zu wenden und den Kampf der Kulturen gegen den radikalen und erobernden Islam zu gewinnen, müssen die Europäer sich von der Illusion der multikulturellen Gesellschaft verabschieden, die den Migranten als Betreuungsobjekt und Projektionsfläche für gesellschaftliche Utopien mißbraucht, das Eigene verleugnet und importierten feindseligen Ideologien Narrenfreiheit einräumt.

Sie müssen auf warnende Stimmen wie die von Ayaan Hirsi Ali hören und als ersten Schritt die weitere Einwanderung aus muslimischen Ländern sofort und vollständig beenden. Sie müssen zweitens allen hier lebenden Moslems, eingebürgert oder nicht, die klare Ansage machen: Es gibt keine Sonderrechte, wer die hier geltende Rechts- und Werteordnung nicht ausnahmslos akzeptiert, der muß gehen. Und sie müssen drittens die Kollaboration mit den großen Islamverbänden beenden, die das Individualgrundrecht der Religionsfreiheit für den Anspruch pervertieren, einen Staat im Staate zu errichten.

Die „Deutsche Islamkonferenz“ steht paradigmatisch für das Scheitern Deutschlands im Kampf gegen den Islamismus: Während andere europäische Länder Razzien gegen die „Muslimbrüder“ durchführen, sitzt der deutsche Innenminister mit ihren Marionetten am virtuellen Konferenztisch und vergrault loyale Persönlichkeiten wie Hamed Abdel-Samad, der seine Mitarbeit in der Konferenz gekündigt hat, weil er nicht

länger als Feigenblatt erhalten will. Auch dieser Warnschuß wird wohl ungehört verhallen. Es geht um das Überleben unserer Zivilisation – doch die deutsche Politik sendet aus Bequemlichkeit weiter Signale der Unterwerfung.

Aufgerissene Wunden

Nach der US-Wahl: Sowohl Republikaner als auch Demokraten zeigen sich uneins

Thorsten Brückner

Donald Trump steht mit dem Rücken zur Wand. Wahlmanipulation hin oder her: Das Kind ist in den Brunnen gefallen. Alles deutet darauf hin, daß Joe Biden am 20. Januar als neuer Präsident vereidigt wird. Der Verlust der Präsidentschaft schmerzt die Republikaner, gerade unter den gegebenen Umständen. Denn von einer „blauen Welle“, die die Demokraten noch vor der Wahl heraufbeschworen hatten, kann keine Rede sein. Trump holte über zwei Millionen Stimmen mehr als Barack Obama bei seinem Erdrutschsieg über John McCain 2008. Seinen Stimmenanteil unter Minderheitenwählern wie Latinos oder Schwarzen konnte er steigern – in Staaten wie Florida sogar dramatisch.

Im Repräsentantenhaus verlor die „Grand Old Party“ nicht etwa wie prognostiziert Sitze, sondern gewann zahlreiche dazu. Nach derzeitigem Stand konnten die Republikaner auch ihre Mehrheiten in den meisten von ihnen kontrollierten Bundesstaatsparlamenten halten oder sogar neue hinzugewinnen. Dies ist vor allem mit Blick auf die Neuzuschneidung von Wahlkreisen nicht irrelevant.

Wer im Senat die Mehrheit stellt, wird erst am 5. Januar bei zwei Stichwahlen in Georgia entschieden. Die Chancen für die beiden republikanischen Senatoren, ihre Sitze zu halten, stehen gut. Noch nie hat ein republikanischer Senatskandidat im „Peach State“ eine Stichwahl verloren, bei der zudem die Wahlbeteiligung deutlich niedriger sein dürfte als am 3. November.

Einmal mehr entpuppen sich die Demokraten zudem als beste Wahlhelfer der Republikaner. „Jetzt holen wir Georgia, und danach verändern wir Amerika“, feuerte der Minderheitenführer der Demokraten im Senat, Chuck Schumer, die eigenen Unterstützer an. Was sich für Schumers Wähler in New York wie eine Verheißung anhören mag, klingt für den konservativen Wähler in Georgia wie eine Drohung.

Als solche werden viele Republikaner auch die Pläne Bidens nach einem Einzug ins Oval Office empfinden. Unter anderem kündigte der frühere Vizepräsident eine Verschärfung der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung an, zu der auch eine

allgemeine landesweite Maskenpflicht gehören soll. Auch in der Klima- und Steuerpolitik plant Biden eine 180-Grad-Abkehr von der Trump-Präsidentschaft. Für die Republikaner sind das mit Blick auf die Kongreßwahlen 2022 keine schlechten Nachrichten. Zumal der linke Flügel der Demokraten in den kommenden zwei Jahren seinen Tribut einfordern wird.

Dessen Repräsentantin, Alexandria Ocasio-Cortez, eröffnete die parteiinterne Schlammschlacht, nachdem die Ergebnisse der Demokraten hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren. Sie warf ihrer Partei Unfähigkeit vor und verlangte Schlüsselpositionen im Kabinett für „progressive“ Kandidaten. Eine mögliche Nominierung von Barack Obamas früherem Stabschef Rahm Emanuel für einen Ministerposten bezeichnete sie als „spalterisch“. Emanuel gilt als Anhänger des gemäßigten Parteiflügels.

Doch auch die Republikaner sind sich uneins. Während der frühere Präsidentschaftskandidat der Partei und Senator aus Utah, Mitt Romney, ein Intimfeind Trumps, diesem nahelegt, seine Niederlage einzugestehen, erhält Trump bei seiner rechtlichen Auseinandersetzung um mögliche Unregelmäßigkeiten in mehreren Bundesstaaten Unterstützung hochrangiger Parteifreunde im Senat. Lindsey Graham, der gerade wiedergewählte Senator aus South Carolina, Vorsitzender des mächtigen Justizausschusses, spendete Trump 500.000 Dollar für Anwaltskosten und verwies auf zahlreiche Unregelmäßigkeiten beim Auszählungsprozeß. „Wenn die Republikaner das nicht anfechten und das Wahlsystem ändern, wird nie wieder ein Republikaner Präsident werden“, lautet seine düstere Prognose. Auch Mehrheitsführer Mitch McConnell stellte sich hinter die juristische Prüfung des Resultats.

Ziemlich heuchlerisch klingt dagegen die Forderung der Demokraten, Trump solle besser gestern als heute seine Niederlage eingestehen und die Macht möglichst geräuschlos übergeben. Es handelt sich hier meist um dieselben Leute, die sich vier Jahre lang geweigert haben, Trumps Sieg 2016 anzuerkennen und sich in ihrer Realitätsverweigerung an Hirngespinnste wie eine russische Beeinflussung der Wahl geklammert haben. Es handelt sich auch um dieselbe Partei, die 2000 in Florida am liebsten bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag Stimmen nachzählen lassen wollte, um Al Gore doch noch ins Weiße Haus zu hieven. Erst 37 Tage nach der Wahl gestand der Demokrat damals seine Niederlage ein.

Doch wenn es um Heuchelei geht, macht den Demokraten und ihren Anhängern ohnehin niemand etwas vor. Nachdem die Demokraten im Sommer eine Liberalisierung der für Manipulationen anfälligen Briefwahl wegen einer möglichen Infektionsgefahr durch das Coronavirus zu einer Frage von Leben und Tod stilisiert hatten, feierten ihre Anhänger nun wilde Siegespartys in den Straßen mehrerer amerikanischer Städte. Beim Anblick der Bilder hätte man fast den Eindruck gewinnen können, nicht nur Donald Trump sei abgewählt worden, sondern mit ihm auch gleich das Virus.

Auch Biden spricht mit gespaltener Zunge. Seine Versöhnungsbotschaft, Präsident aller Amerikaner sein zu wollen, ist nicht nur angesichts der linken Agenda, die er dem einstigen „Land der Freien“ verordnen will, ein reines Lippenbekenntnis. Die martialische Rhetorik aus dem Biden-Lager, man werde den „Eindringling“ Trump im Zweifel aus dem Weißen Haus „ Eskortieren“, ist unmißverständlich: Ein Präsident Joe Biden wird aufgerissene Wunden nicht heilen oder Menschen zusammenbringen; er wird bestehende Gräben weiter vertiefen.

Tödlich endende Versäumnisse

Österreich: Eine lange Liste des Versagens machte in Wien den islamistischen Terroranschlag möglich / FPÖ fordert Rücktritt des Innenministers

Jörg Sobolewski

Als am Abend des 2. November in Wien die ersten Schüsse fielen, war man im Internet bereits kurz darauf nahezu live dabei. Anwohner und Passanten sorgten mit ihren Mobiltelefonen für einen stetigen Nachschub an digitalen Augenzeugenberichten. Das wichtigste Thema dabei: Wie konnte dieser Anschlag nach Paris und Nizza passieren?

Hinweise auf die Radikalisierung des Täters gab es schon länger. Bereits vor über einem Jahr warnten die türkischen Sicherheitsbehörden ihre Kollegen in Wien vor dem Täter, Kujtim Fejzulai. Dieser hatte 2018 erfolglos versucht, sich dem Islamischen Staat anzuschließen, und wurde von der Türkei im Januar 2019 nach Wien abgeschoben.

Dort wurde der Albaner zu 22 Monaten Haft verurteilt, die nach 11 Monaten zur Bewährung ausgesetzt wurden. Justizministerin Alma Zadic (Grüne) verteidigte die Haftaussetzung, nur so sei es rechtlich möglich gewesen, Fejzulai „weiter bei der Resozialisierung im Auge behalten zu können“.

Doch dabei kam es wohl zu wiederholten Versäumnissen seitens der österreichischen Verfassungsschützer. So alarmierten im Sommer 2020 slowakische Polizeibehörden ihre Wiener Kollegen, weil Fejzulai vergeblich versucht hatte, in der Slowakei Munition zu kaufen. Die Meldung versickerte, und der Verfassungsschutz stellte sogar die vorherige Beobachtung des späteren Täters ein. Für Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) ein Grund, Amtsinhaber Karl Nehammer (ÖVP) ein Versagen in der Terrorabwehr vorzuwerfen. „Unter den Augen des Verfassungsschutzes habe der Täter seinen Anschlag vorbereiten können“, so Kickl.

Wie die Tatwaffe, eine Zastava M70, ein Derivat der sogenannten Kalaschnikow, in die Hände von Fejzulai gelangte, ist bisher noch ungeklärt. Experten verweisen jedoch

auf den großen Vorrat auf dem Balkan, wo über sechs Millionen Kleinwaffen im Umlauf sein sollen. Die meisten davon seien in den Bürgerkriegswirren der neunziger Jahre „vom Lkw gefallen“, wie der Sicherheitsexperte Georg Krause gegenüber der JF erklärt.

Bereits seit Jahren warnen europäische Sicherheitsbehörden vor der schieren Menge an Kriegsgerät auf dem Balkan. Allein im Kosovo sollen in privaten Händen über 400.000 unregistrierte Waffen kursieren. Syndikate des illegalen Verbrechens schmuggeln die Waffen in den Westen. Kosovos langjähriger Präsident, Hashim Thaçi, wurde erst kürzlich in einem Report des Europarats als Kopf eines Waffenschmugglerrings bezeichnet.

Weitere Spuren des Attentäters führen auch in die Nachbarländer. In den Monaten nach seiner Haftentlassung im November 2019 hatte Fejzulai Kontakt zu Islamisten aus der Schweiz, aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen. Zwei von ihnen hatten bei einem Wienbesuch im Juli 2020 bei ihm übernachtet, wie das Bundeskriminalamt mitteilte. Darüber informierte das Wiener Landesamt für Verfassungsschutz die deutschen Kollegen, aber offensichtlich nicht das zuständige Vollzugsgericht in Krems, das die vorzeitige Haftentlassung hätte widerrufen können. Auch eine erneute Observation erfolgte nicht.

Alles Versäumnisse, die nun zu Rücktritten in der Wiener Polizeiführung führten. Dennoch fordert die Opposition den Rücktritt des Innenministers. Die Vermutung der FPÖ: Der Täter habe „Kenntnis erlangt von unmittelbar bevorstehenden Razzien in der Islamistenszene“ und habe diesen zuvorkommen wollen.

Eine Gegendarstellung kam nie

Falschmeldung zum GSG-9-Einsatz in Bad Kleinen: Nach dem „Spiegel“ gerät nun „Monitor“ in die Kritik

Ronald Berthold

Schlappe 250 Mark waren 1993 eine Menge Geld für eine Kiosk-Verkäuferin; genaugenommen ein Wochenlohn. Für diese Summe unterschrieb Joanna Baron der ARD-Sendung „Monitor“ eine falsche eidesstattliche Versicherung. Darin behauptete sie, ein GSG-9-Beamter habe den RAF-Terroristen Wolfgang Grams auf dem Bahnhof von Bad Kleinen „aus nächster Nähe mehrmals“ in den Kopf geschossen.

Heute wissen wir, das war eine mit Gebührengeldern bezahlte Lüge. Geschrieben hat sie im Namen von Baron der Reporter Philip Siegel, der heute an der ARD/ZDF-Medienakademie den journalistischen Nachwuchs der Öffentlich-Rechtlichen ausbildet.

Die Relotius-Kommission des Spiegel hat die Geschichte, die auch das Magazin verbreitete, als Fake eingestuft (JF 46/20). Doch „Monitor“ hatte die Räuberpistole, in deren Folge Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) und Generalbundesanwalt Alexander von Stahl ihre Jobs verloren, zuerst verbreitet.

Zwei Tage vor dem Blatt meldete die ARD, der RAF-Terrorist sei „am Tatort regelrecht hingerichtet“ worden. Das bestätigte auch ein erster Obduktionsbefund. Dieser legte zwar einen – später eindeutig bestätigten – Suizid nahe, doch „Monitor“-Chef Klaus Bednarz behauptete: „Alles deutet auf Exekution. Ein ungeheuerlicher Vorgang ...“ Die RAF, die 33 Menschen ermordete, stand als Opfer, der Staat als Täter da.

Der Sender hat die Darstellung nie korrigiert. Im Gegenteil: 2013 wiederholte er die längst widerlegten Vorwürfe. Der damalige Staatsanwalt bezeichnete den Film daher als „geschichtsverfälschend“. Das paßt zur Haltung des heutigen „Monitor“-Chefs, Georg Restle. Kürzlich forderte er von seinen Kollegen, „endlich damit aufzuhören, nur abbilden zu wollen, ‘was ist‘“. Es gehe darum, Partei zu ergreifen. Das sei „werteorientierter Journalismus“.

Auf Anfrage der Welt zum Fall Bad Kleinen teilt Restle nun mit, man werde den Spiegel-Kommissionsbericht zum Anlaß nehmen, „uns mit der Sache zu befassen“. Wann mit einer abschließenden Bewertung zu rechnen sei, könne er aber nicht sagen.